

Regionaljournal Steiermark

Land Kärnten bietet Ärzten zusätzliche 13,5 Mio. Euro

LH Kaiser, LHStv.in Prettner und KABEG-Vorstand Gabriel informierten über von Ärzten abgelehntes Angebot – Orientierung an Steiermark und Grundgehältererhöhung um 15 Prozent – Durchschnittlich 11.000 Euro brutto pro Jahr mehr

Zusätzliche 13,5 Mio. Euro ist das Land Kärnten bereit, für die Gehälter der Spitalsärzte in die Hand zu nehmen. Konkret würde das eine Erhöhung der Grundgehälter um 15 Prozent, das sind durchschnittlich 11.000 Euro brutto pro Jahr, bedeuten. Das teilten heute, Freitag, Landeshauptmann Peter Kaiser und Gesundheitsreferentin LHStv.in Beate Prettner nach den Verhandlungen mit den Ärzten in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit KABEG-Vorstand Arnold Gabriel mit. „Wir sind mit ausgestreckten Armen auf die Ärztevertreter zugegangen. Leider war dieses Angebot den Ärztevertretern zu wenig“, so Kaiser, der auch gegenüber den Ärzten deutlich machte, dass für ein funktionierendes Gemeinwesen Stabilitätspakt und Maastrichtkriterien zu berücksichtigen seien.

Prettner bezeichnete das Angebot des Landes als fair. Kaiser strich hervor, dass man damit „weit,

weit hinausgegangen“ sei, an die Grenze dessen, was angesichts des verpflichtenden Kostendämpfungspfades verantwortlich sei. Wie er ausführte, orientiere man sich beim Angebot an die Ärzte am Modell des Nachbarbundeslandes Steiermark. Kärnten wäre danach mit Salzburg, Tirol und der Steiermark vergleichbar und in gewissen Punkten sogar besser. Als Umsetzungszeitraum nannte der Landeshauptmann drei bis vier Jahre mit Beginn am 1. Jänner 2015. Durchschnittlich würde das Bruttojahresgehalt der Bediensteten um 11.000 Euro steigen. Vor allem für Jungärztinnen und -ärzte wolle man durch ein höheres Einstiegsgehalt eine Attraktivierung schaffen. Zudem wolle man für Fachärzte Karrieremöglichkeiten erschließen, die deren Abwanderung verhindern sollen.

Zwei Drittel der für diese Gehaltserhöhung nötigen Mittel sollen laut Kaiser über Finanzen kommen und ein Drittel über organisatorische Maßnahmen innerhalb der KABEG. „Das bedeutet eine weitere große Sparmaßnahme für das Land. Es besteht keine Möglichkeit für uns, weiter nachzubessern“, betonte Kaiser. Er machte weiters darauf aufmerksam, dass die von der EU geforderte Arbeitszeitverkürzung auf 48 Stunden einen Mehrbedarf an Ärzten erfordere. Dies werde noch zusätzliche Kosten für das Land verursachen.

Den Vertreterinnen und Vertretern der Ärzteschaft um Ärztekammerpräsident Josef Huber sei das Angebot des Landes aber zu wenig gewesen. Diese würden eine Erhöhung um 30 Prozent fordern, 20 Prozent bereits mit nächstem Jahr, dann zwei weitere Steigerungen um jeweils fünf Prozent. „Wir können nicht von null auf 200 in kürzester Zeit beschleunigen, das wäre nicht im Sinne der Lenkenden und Beifahrenden“, kommentierte Kaiser diese Forderung metaphorisch. Er betonte jedoch, dass die Arme

des Landes ausgestreckt bleiben. Im Zuge der für 13. November angekündigten Demonstration sei man bereit, eine Delegation der Ärzteschaft zu empfangen.

Gesundheitsreferentin Prettner berichtete, dass es seit sechs Monaten intensive Gespräche mit der Ärztekammer und dem Betriebsrat gibt. „.Wir wissen, dass wir die gesetzlichen Grundlagen der EU-Arbeitszeitregelung einhalten müssen, die bis zum Jahr 2021 umzusetzen sind. Wie haben daher von Anfang an geschaut, dass die Attraktivierung des Arztberufes vorangetrieben wird“, so die Gesundheitsreferentin. Sie nannte in diesem Zusammenhang neue ausverhandelte Dienstrechts-Vereinbarungen sowie erweiterte Fort- und Ausbildungsmaßnahmen. „In diesen Bereichen ist eine 95-prozentige Einigung bereits vorahnden“, sagte Prettner.

Für sie als Gesundheitsreferentin und Ärztin sei es unverständlich, dass Ärztekammerpräsident Huber das Angebot des Landes ausschlägt. „Seit 21 Jahren gab es ein derartiges Angebot seitens des Landes nicht, nämlich 13,5 Millionen Euro mehr für 900 Spitalsärzte. Das von uns ins Auge gefasste steirische Model ist fair und sieht sowohl bei Jungärztinnen und -ärzten als auch bei Fachärztinnen und -ärzten eine deutliche Nachbesserung bei den Gehältern vor“, betonte Prettner. Ebenso wie der Landeshauptmann betonte sie, dass auch von ihrer Seite das weitere Gespräch gesucht werde: „Ich akzeptiere die Proteste, werde aber weiterhin auf den Dialog setzten.“

KABEG-Vorstand Gabriel betonte, dass für die KABEG das Angebot des Landes zukunftsträchtig sei: „Es beinhaltet sowohl Anreize für Jungärzte wie auch für den Mittelbau.“ Seitens der KABEG gab es bereits zahlreiche Vorschläge zur

Attraktivierung des Arztberufes. Sie umfassten Fort- und Zusatzausbildungen ebenso wie die Vordienstzeitenanrechnung und die Einführung von Sabbaticals. Gabriel teilte zudem mit, dass zusätzlich zum angebotenen erhöhten Ärztegrundgehalt die Honorare der Ärzte durch eine bereits erzielte Steigerung der Privatversicherungsgebühren von 9 auf 17 Millionen Euro, die unter der Ärzteschaft aufgeteilt werden, in den nächsten Jahren steigen werden. „Wir haben hier einen Durchbruch erzielt. Das bedeutet eine Verdoppelung für den Mittelbau“, so der KABEG-Chef. Seitens der KABEG bereite man sich für den angedrohten Schritt „Dienst nach Vorschrift“ vor.